

Correspondent.

Abonnementpreis: Vierteljährlich: Bei Vorzahlung von den Ausgabezeiten 1 RM., monatlich 30 Pf.; durch die Postämter und den Postbezugsstellen 3,20 RM., bezug des Fernsprechers und Zusatz 1,20 RM. Einzelnummer: 5 Pf.
Abgabe: wöchentlich 8 mal wöchentlich halb 8 Uhr, mit Ausnahme der Tage des Fernsprechers u. Sonntag; in den Ausgabezeiten am Tage vorher abends 8 Uhr.

Wöchentliche Gratisbeilagen:
3 seitiges illustriertes Sonntagsblatt mit 14-tägiger Modebeilage.
3 seitige landwirtschaftliche u. Handelsbeilage mit neuesten Marktnotierungen.

Anzeigenpreis: für die erste Zeile über deren Raum 1. Stadt u. Kreis Merseburg 10 Pf., außerhalb 15 Pf. Kleinere Anzeigen 25 Pf. Werben pro Seite 30 Pf. Bei Wiederholungen Rabatt. Anzeigen werden von unserer Geschäftsstelle keine Familien-Kennzeichen entgegengenommen.
— Nachdruck unserer Originalberichte nur mit Quellenangabe gestattet. —
Für unerlangte Einblendungen wird keine Gewähr übernommen.

Nr. 91. Freitag den 19. April 1907. 33. Jahrg.

Dernburg und Naumann.

Es ist zu einem höchst seltenen Fall geworden, daß eine in unseren parlamentarischen Körperschaften gehaltene Rede besonderes Aufsehen erregt und mehr als einen vorübergehenden Eindruck macht. Selbst die hervorragenden unter den alten Parlamentariern, Ministern und Staatssekretären sind hierzu schon zu verbraucht. Man kennt ihre Platschungen seit langem gründlich und weiß im großen und ganzen im voraus, was sie sagen wollen, wenn sie sich zum Worte melden. Erhöhte Aufmerksamkeit finden und nachhaltigere Wirkung erzielen sichtlich nur noch Neulinge, und natürlich auch nur dann, wenn sie etwas vom Gezeigten Abweichendes in fesselnder Weise zu sagen wissen, die einen überzeugend und beredend, die anderen zum Widerspruch herausfordernd. Ein berätiges phänomenales Vorwissen bildet das rednerische Auftreten des „unfidierten Borsenmanns“ Dernburg, welcher einen großen Teil der deutschen Nation und ihrer parlamentarischen Vertreter eine ganz neue Auffassung der Kolonialpolitik einzuimpfen verstand und den Anstoß gab zu einer vorher beinahe für unmöglich gehaltenen Wandlung in der Zusammensetzung des Reichstages. Dieses Neulings Eingreifen in die innerpolitischen Kämpfe hat noch mancherlei andere, nicht vorauszuweisende Folgen gesetzt, so die Wahl eines Mannes in den Reichstag, der seit langem vergeblich ein Mandat zu erlangen suchte, ebenfalls ein Neuling Dernburg'scher Qualität, wenn auch ganz verschiedener Diferenz als und durch seine Jungferrede einen gewaltigen Eindruck auf Freund und Feind ausübte. Der Sozialpolitiker Naumann, welcher der ziemlich seltenen Menschenspezies der Doktoren der Theologie angehört und deshalb die Signatur „D.“ vor seinem Namen trägt, ist hiernit gemeint. Die politische Bedeutung dieses Mannes hängt selbstverständlich nicht mit dieser Würde zusammen, wenn es auch nicht zu verkennen ist, daß seine, übrigens nicht weniger als orthodoxe christliche Gesinnung mit dazu beigetragen hat, ihn mit dem heiligen Eifer zu erfüllen, der ihn zu einem der mutigen Vorkämpfer für die Interessen der unteren Volksklassen hat werden lassen.

Naumann hat in seiner, von vielen für epoche machend gehaltenen Erklärung im Reichstag einen ganz neuen Standpunkt vertreten, der allerdings in einigen anderen Köpfen schon aufgetaucht war, als Naumann „noch im Flügelkleide in die Knabenstube ging“, der aber in einer deutschen Volksobervertretung bisher noch nicht sich geltend zu machen suchte. Naumann zeigt nach dem Ruhm, der Gründer einer zukunftsreichen nationaldemokratischen Partei zu werden, welche mit den spezifisch nationalen Richtungen die weitgehende nationale Gesinnung, mit den Sozi einen großen Teil der sozial-politischen und selbst sozialistischen Forderungen und mit den freisinnig-demokratischen Parteien die freibeitlichen Ziele gemein hat und dabei auch die entscheidende Wahrung der mittelfröhen Interessen nicht vergißt. Nur die konservativen und agrarischen Bestrebungen gehen bei ihm leer aus. Nauman hofft mit einem solchen Programm die Grundlage zu schaffen, auf der die Mehrheit der deutschen Wählerschaft endlich um eine Fahne von zeltgemäßer Farbe gesammelt werden könne, um die wichtigsten innerpolitischen Fragen endlich zu lösen und eine Menge von Gegensätzen zu beseitigen, welche bislang das Hemmnis des freibeitlichen und gesellschaftlichen Fortschritts im deutschen Reich waren. Eine in diesem neuen Geiste gehaltene, vom Mute der Ueberzeugung getragene und überdies rhetorisch glänzende Rede konnte nicht verfehlen, einen nahezu beispiellosen Eindruck zu machen.

Die Front Naumanns ist nach einer durchaus anderen Richtung, als diejenige Dernburgs gefehrt. Letzterer kämpfte gegen die Angriffe und Auffassungen des Zentrums und der Sozialdemokratie, ersterer jedoch gegen diejenigen der Konservativen und Agrarier und gegen die mit diesen

Parteien mehr oder weniger gemeinsame Sache machende Regierung. Während Schwarz und Rot die unversöhnlichen Gegner Dernburgs sind, erblickt Naumann vom Zentrum nahezu begeisterte Beifallspenden und wurden seine Ausführungen von seiten der Sozialdemokraten mit zustimmenden Kopfhebungen begleitet, während es auf der Rechten, wo man den „Borsenjopper Dernburg“ als notwendiges Uebel gnädigst gestirnt ließ, an „Dhos“ und an Kopfschütteln nicht fehlte.

D. Naumann hat seinen heutigen politischen und sozialpolitischen Standpunkt nicht auf einmal bekommen, sondern er ist nur langsam und auf Umwegen zu ihm gelangt. Ursprünglich war er politisch konservativ und christlichsozial, denn er gehörte zu den jungen Leuten, die in dem Hopsrediger a. D. Söder einen neuen Messias zu erkennen glaubten und in diesem Sinne ihren Herrn und Meister und in seinem Programm das Mittel erblickten, mit welchem die Welt am gründlichsten zu reformieren wäre. Da dieser Erfolg jedoch allzulange ausblieb, sonderte sich Naumann mit einigen seiner speziellen Freunde ab, um eine politisch weiter links stehende und dem Sozialismus näher rübende nationalsoziale Partei mit eigener Zeitschrift und Bücherliteratur zu gründen. Diese neue Richtung brachte es nur zu einer Anhängerschaft von zirka 30 000 Köpfen und es gelang ihr, trotz aller Anstrengungen, nur einen der ihren (v. Gerlach) ein Reichstagsmandat zu verschaffen. Naumann selbst fiel stets durch sein theoretisch-richtiges Kalkül, das die nationalsozialen Kandidaten, wegen der Berührungspunkte ihres Programms mit den Forderungen aller anderen Parteien, bei Stichwahlen von allen als das kleinere Uebel angesehen werden und infolgedessen in etlichen Exemplaren in den Reichstag gelangen mußten, — erwies sich in der Praxis als falsch. Nunmehr entschloß sich Naumann zu einer neuen, überraschenden Aktion: er suchte mit den Seinen einen Unterschlupf in einer anderen Partei und fand ihn in der freisinnigen Vereinigung, die, trotz der hohen Qualität ihrer Bekenner, selbst nicht sehr stark und dankbar für jede kleine Gabe dieser Art ist. Hier vollzog sich im Gedankenkreislauf mit Dr. Barth die politische Rehabilitierung des einen und die soziale des anderen dieser beiden bedeutenden Politiker.

Aus Rußland.

Eine neue Parteigruppierung ist auch auf der Linken erfolgt. Die sogenannte Arbeitergruppe (Trubowitsch) hat sich vollständig gespalten. Ungefähr zwanzig Mitglieder gehen zu den Sozialdemokraten über, ebenso viele zu den Revolutionären, zwölf wollen sich den Rabellen anschließen. Der Rest beschließt, unter Hinzuziehung mehrerer Parteilofer einen neuen radikalsten Bund zu gründen.

Die Insel Sachalin ist beinahe gänzlich im Frieden von Portsmouth zwischen Rußland und Japan geteilt worden. Während aber die Japaner sogleich rübrig waren, den ihnen zugewallenen Teil zu erschließen, blieben die Russen dem alten Schlenkrian treu. Erst jetzt soll es anders werden. Eine aus Vertretern der verschiedenen Verwaltungszweige zusammengesetzte Kommission ist von Handelsminister ins Leben gerufen worden, um Maßnahmen zur Erschließung des russischen Teiles der Insel Sachalin auszuarbeiten. Die Kommission wird sich mit Plänen einer Kolonisation, des Baus von Wegen und Häfen und der Hebung der Bergwerksindustrie sowie des Handels im allgemeinen zu beschäftigen haben.

Zum Heeresbeamten der Donkosaken ist an Stelle des abberufenen Fürsten Dwojewski-Maslow der bisherige Stabschef des Militärbezirks Warschau, Generalleutnant Samsonow, ernannt worden.

Die Unruben in Lohz dauern fort. Am Dienstag kam es zwischen Arbeitern zu einer Schlägerei, bei welcher zwei Personen getötet und sechs verwundet wurden. Bei der Beerdivung einer

vor kurzem getöteten Frau sang die dem Sarge folgende Menge revolutionäre Lieder und entfaltete rote Fahnen. Hierbei kam es zu etwa 50 Verhaftungen.

In der Grenzstadt Sosnowice sind am Dienstag abend gegen eine Kosakenpatrouille, die unter Führung des Polizeimeisters stand, mehrere Revolver-schüsse abgegeben worden. Der Polizeimeister ist getötet, zwei Kosaken sind schwer verletzt und in das katonwiger Krankenhaus gebracht worden.

Das Kriegesgericht in Tiflis verurteilte am Mittwoch in der Prozeßvorhandlung wegen der Ermordung des Konsuls der Vereinigten Staaten von Nordamerika in Batum, Stuart, den Rödter Rossim Dschidschawabs zum Tode durch den Strang; das Urteil wurde indes mit Rücksicht auf das offene Bekenntnis des Mörders, sowie auf dessen Winderjährigkeit in zehnjährige Gefängnishaft umgewandelt. Die beiden anderen Angeklagten wurden freigesprochen.

Politische Uebersicht.

Der politische Horizont, von dem oben noch die Sonne von Kapallo herabbeleuchtet, hat sich unheimlich schnell verdüstert. Es ist eine bittere Ironie der Weltgeschichte, daß die Einladungen an die Vertreter der englischen Presse zu einem Gegenbesuch in Deutschland, der die durch die Reits- der deutschen Journalisten nach England angebahnte Besserung der politischen Beziehungen zwischen beiden Ländern, wie man hoffte, verfrühen soll, jetzt in demselben Augenblicke ergehen, wo der Souverän und die Regierung dieses Landes sich anziehen, Deutschland um jeden Preis in der internationalen Politik zu isolieren. Der Dreitand, dessen politische Bedeutung ja allerdings schon seit geraumer Zeit nur mehr in der Vergangenheit liegt, wird jedenfalls durch die Genereux von Gattia einer nicht ungefährlichen Belastungsprobe unterzogen. Denn daß die aus der Initiative Englands hervororgegangene Zusammenkunft König Eduards und Viktor Emanuel nur einem rein persönlichen Höflichkeitstausch dienen soll, für diese Behauptung dürfte die englische Presse in Deutschland schwerlich Gläubige finden. Man hat in der deutschen Presse vielfach ein Behauern darüber nicht unterdrücken können, daß die deutsche Regierung alle diese had von Frankreich, wo ein General ganz ungeniert und, ohne eine ernstliche Rüge dafür zu erhalten, in der Deputiertenkammer eine höchst roachselhafte Rede halten darf, halb von unseren „englischen Bekttern“ ausgehenden Provokationen nicht mit der erforderlichen Ernstbeidenheit beantwortet hat. Vielleicht hat die Reichsregierung aber abschätzlich mit einer solchen Kundgebung gegögert, weil sie erst abwarten und klar sehen wollte, bis zu welchem Grade sich die Situation zuspitzen wird. Wie die Dinge sich jetzt entwickelt haben, erscheint allerdings eine weitere Hinauszögerung unserer Antwort auf diese Provokationen kaum noch angängig und eine entscheidene Stellungnahme der Reichsregierung von der Bundesratsströmung im Reichstage zu dem augenblicklichen Stande unserer internationalen Beziehungen unbedingt erforderlich; ein weiteres Schwelgen der deutschen Regierung würde von unseren Rivaleen im Auslande nur eine falsche Deutung erfahren. Wie verlautet, soll denn auch der Präsident des Reichstages schon vor einigen Tagen dahin verhängigt worden sein, daß die Beratung des Etats des Reicheskanzlers, bei welcher Gelegenheit der Reichsfinanzler über die internationale Situation interpelliert werden soll, als bald zur Verhandlung kommt.

Oesterreich-Ungarn. Ueber den Aufenthalt Kaiser Franz Josephs in Prag wird am Dienstag noch berichtet: Der Kaiser verließ nachmittags den Grabstein und fuhr unter förmlichen Ovationen des zahlreichen Publikums zum neuen Handelskammer Gebäude, wo er vom Handelsminister und dem Präsidenten der Handelskammer begrüßt und in den Sitzungssaal geleitet wurde; hier waren die Beamten der Handelskammer versammelt, welche den



empfangen. Der Handelskammerpräsident Rivinaco hielt an den Monarchen eine Subjugationsansprache in deutscher und tschechischer Sprache, in der er ankündigte, daß die Kammer im nächsten Jahre anlässlich des Regierungsjubiläums des Kaisers eine Ausstellung veranstalten wird, wozu die selben Volkstämme eifrige Vorbereitungen treffen. Redner bemerkte zum Schluß: „In ihren wirtschaftlichen Interessen unlöslich mit einander verbunden, werden beide Völker sicher auch den Weg zur Ausgleichung der politischen Gegensätze finden.“ Der Kaiser dankte in deutscher und tschechischer Erwiderung für die patriotischen und der Dynastie ergebenen Gefühle der Handelskammer und sprach den Wunsch aus, die Ausstellung möge ein mächtiger Schritt zur erblichen Annäherung und zum dauernden Frieden zwischen beiden Volkstämmen sein, der dem Kaiser so sehr am Herzen liege. (Begeisterter Slawa- und Hochruf.) Bei den Vorstellungen stellte der Kaiser sein persönliches Erscheinen bei der nächstjährigen Ausstellung in Aussicht. Sodann bestätigte der Kaiser die aufgestellten Pläne für die Regulierung der Moldau und Elbe und verließ unter förmlichen Subjugations das Handelskammer-Gebäude. Er fuhr hierauf zur Besichtigung der neuen Volks- und Bürgerhalle im Karolinenthal und wurde auf dem ganzen Wege begeistert begrüßt. Der Kaiser unterzog sodann die Baupläne für die neue tschechische und deutsche Universitäts- und Anwesenheit des Ministerpräsidenten sowie der Minister Bacak und Prade und des Bürgermeisters, einer Bestätigung.

Italien. Die Zusammenkunft zwischen den Königen von Italien und England wird, wie bereits gemeldet, am heutigen Donnerstag in Capota, der italienischen Hofenfestung, am Tyrrhenischen Meer, stattfinden. Die englische Königsjaht mit dem Königspaar an Bord ging am Mittwoch vormittag von Malta dorthin ab. Der König von Italien ist in Begleitung des Ministers des Auswärtigen und des Marineministers bereits am Donnerstag auf seiner Jaht „Trinacria“ in Capota eingetroffen. Er wurde vom Mittelmeergeflüchteter begleitet.

England. Die Buren sind gute britische Untertanen geworden in überraschend kurzer Zeit. Am Dienstag kam diese Tatsache in London, gelegentlich der Kolonialkonferenz zum offenen Ausdruck. Bei der in der Guildhall stattgefundenen Verteilung des Bürgerrechtes der City von London an die Premierminister der Kolonien zog ein Vorgang die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich. Als der Lord-Mayor, Carl Roberts und Botha zusammen auf der Straße Karol genommen hatte, schüttelte Botha mit dem Lord-Mayor die Hand, wandte sich dann zu dem Feldmarschall Carl Roberts, der sich ihm näherte, und schüttelte auch ihm herzlich die Hand. Die Versammelten brachen in lärmliche Beifallsrufe aus. Die im Vorentriebe bei Jakobbad eroberte Fagane, die für gewöhnlich in der Guildhall hängt, war aus Rücksicht auf General Botha entfernt worden. Der kanadische Premierminister Sir Wilfrid Laurier sagte im Laufe einer Rede, die er bei dem Festmahle hielt, es sei ein einzigartiges Schauspiel, Botha und Jameson nebeneinander sitzen zu sehen; vor fünf Jahren wären sie nicht so freundschaftlich gegeneinander gewesen. Er sei der Ansicht, keine Nation außer England würde es gewagt haben, Transvaal solche Freiheit zu gewähren, wie England gewährt habe. Die aus Anlaß der Kolonialkonferenz in London weilenden kolonialen Premierminister wohnten Dienstag abend einem vom Gighy Klub, einer liberalen Vereinigung, veranstalteten Bankett bei. Louis Botha, der Premierminister von Transvaal, stand im Mittelpunkt des Interesses. Anwesend waren u. a. der Premierminister Campbell-Bannerman, Kriegsminister Galdane und Unterstaatssekretär Churchill. Campbell-Bannerman, der die Gäfte begrüßte, führte in seiner Ansprache aus, die Liberalen seien dafür, das britische Reich auf dem Boden der Freiheit und der Gerechtigkeit erbauen zu lassen; denn ohne diese verdiene es nicht fortzudauern. Botha hielt einen Trinkspruch auf die Reichsregierung und erklärte darin, daß das Vertrauen, das Transvaal bezeugt worden sei, niemals vergessen werden würde. Transvaal habe die ihm entgegengesetzte Freundschaftsbande ergriffen und werde sie nimmer lassen. Der Unterstaatssekretär der Kolonien Churchill führte aus, das Prinzip der Selbstregierung sei das einzige Prinzip, das geeignet sei, das Reich zusammenzuschließen. Die Reichsregierung sei entschlossen, Botha von ganzem Herzen bei der Verschmelzung der zwei großen Nationen zu einer Afrilandernation unter britischer Flagge zu unterstützen. — Engländerfeindliche Kravalle werden aus Lahore gemeldet: In der Berufungsverhandlung des wegen Aufreizung gegen die Europäer verurteilten Besitzers der Zeitung „Dumaji“, sowie des Redakteurs des genannten Blattes, bekräftigte der Oberste Gerichtshof

auch der verschärften in eine einfache um. Der Richter sagte, er würde das Urteil gern abgeschwächt haben, wenn die Angeklagten Neue an den Tag gelegt hätten. Die erregte Menge der Eingeborenen brachte den Wagen, in dem die Gefangenen vom Gerichtsgebäude ins Gefängnis befördert wurden, mit Gewalt zum Anhalten, bewarf den Schutzmann mit Schmutz und bekränzte die Verurteilten. Später veranstaltete die Menge einen Aufzug und griff jeden Europäer an, der ihr einzeln auf dem Wege begegnete, bis sie von der Polizei auseinandergetrieben wurde.

Deutschland.

Berlin, 18. April. Der Kaiser nahm am Mittwoch in Homburg nach Anfunft im Schloße die Meldung des ostbaltischen Majors von Unruh entgegen. Mittwoch vormittag ist auch die Prinzessin Alexandra Viktoria zu Hofheim-Blützburg, die Braut des Prinzen August Wilhelm, in Homburg eingetroffen.

(Geh. Legationsrat Paul v. Below), Vortragender Rat im Auswärtigen Amt, hat nach dem „Berl. Tagbl.“ plötzlich seinen Abschied eingereicht, was in amtlichen und sonstigen politischen Kreisen viel Aufsehen erregen soll. Herr von Below bearbeitete in der Volksbildungsabteilung des Auswärtigen Amtes die Personalien und begleitete den Fürsten Bülow als eine Art von Kabinetschef auf seinen Reisen. Man führt den Rücktritt des Herrn v. Below auf Differenzen mit dem Staatssekretär v. Tschischky zurück. Zum Nachfolger ist der Volksbildungsrat v. Bloow von der Volkskammer in Paris ausersehen.

(Für die deutsche Vertretung auf der Haager Konferenz) sind nach der „Voss. Ztg.“ jetzt auch die militärischen Delegierten ernannt. Als Vertreter der Armee wird Generalmajor v. Gündell, Oberquartiermeister im Großen Generalstab, und für die Marine Konteradmiral Siegel, Marine-Lituaß bei der Volkskammer in Paris, an der Konferenz teilnehmen. Außerdem besteht die deutsche Vertretung im Haag, wie schon gemeldet wurde, aus dem Vorgesetzten Herrn. Marschall von Bieberstein, Geh. Legationsrat Krieger, Professor Jörn und mehrere Beamten des Auswärtigen Amtes.

(Aus der Kolonialverwaltung.) Als vor einigen Tagen bekannt wurde, daß Wörmann in bezug auf den südwesafrikanischen Dienst eine Betriebsgemeinschaft mit der Hamburg-Amerika-Linie abgeschlossen hatte, mußte man sofort annehmen, daß sich diese Fustion gegen die neue Hamburg-Ämerika-Linie richtete. Die letztgenannte Linie nämlich, die den Mut gefunden hatte, Wörmanns Konkurrenz zu machen, wurde von dem Kolonialdirektor Dernburg augenfällig bevorzugt, indem ihr zum großen Teil die Regierungstransporte von und nach Südwesafrika übergeben wurden. Kaum aber wurde die zwischen der Wörmann-Linie und der Hamburg-Amerika-Linie abgeschlossene Betriebsmittelgemeinschaft bekannt, da beitrug sich der Kaiser, sofort an Herrn Ballin ein Glückwunschtelegramm zu schicken. Herr Dernburg hat aus diesem Telegramm aus alsbald die Konsequenzen gezogen, denn wir lesen in der „Frankf. Ztg.“: „Zwischen dem Kolonialamt und dem Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie Ballin hat eine freundschaftliche Bepredung stattgefunden, über die eventuelle Beteiligung der neu geschaffenen Betriebsgemeinschaft der Hamburg-Amerika-Linie und der Wörmann-Linie an den Regierungstransporten nach Deutsch-Südwesafrika. Weitere Bepredungen werden demnächst stattfinden.“

(Für die Hauptversammlung des Deutschen Flottenvereins), die am 11. und 12. Mai in Köln stattfindet, hat der bayerische Landesverband folgende Anträge gestellt: „Die Hauptversammlung wolle beschließen: 1. Es seien von dem Präsidium des Deutschen Flottenvereins feste Garantien sowohl in persönlicher als auch in sachlicher Bezeichnung zu verlangen, daß die Vereinsteilnehmer künftig unter keinen Umständen wieder in das politische Gebiet hinübergreifen. Es seien ferner von dem Präsidium dem geschäftsführenden Vorsitzenden genau die Grenzen vorzuschreiben, in welchen er sich zu bewegen darf und außerdem Vorbeziehung zu treffen, daß die Organisation des Vereins nicht wieder dazu mißbraucht wird, politische Agitation zu treiben. 2. Es sei in die Satzung des Flottenvereins eine Bestimmung aufzunehmen, wodurch es vollständig klargestellt wird, daß der Deutsche Flottenverein und seine Organe als solche bei politischen Wahlen nicht in den Wahlkampf eintreten dürfen.“

(Dem dänischen Schriftsteller Alfred Ibsen) aus Kopenhagen hat die Regierung in Schleswig die nachgesuchte Erlaubnis zu Vorträgen in den Kreisen Hadersleben, Sonderburg,

Schleswig, verweigert. Für den übrigen Teil der Provinz ist sein Auftreten freigegeben.

Parlamentarisches.

Deutscher Reichstag. (Sitzung vom 17. April.) Im Reichstage wurde am Mittwoch der Etat weiterberaten. Zum Kapitel **Reichsgelddienst** lag eine Resolution der Abgg. Baumann-Rödingen und Gen. auf Beschärkung der Weinkontrolle und Einführung besonderer Kontrollreue im Hauptamt in allen Bundesstaaten vor und der Abg. David (Sag.) beantragte die besondere sofortige Bepredung der Weinfrage. Zum Wort meldeten sich unter großer Anteilnahme des Hauses etwa 80 Redner auf einmal und außer dem Antragsteller brachten noch eine Reihe von Abgeordneten des Zentrum und der Nation die Wünsche der Weinproduzenten vor. Der Abg. Dove wies die von dem Abg. Dr. Köstke gegen den Weinhandel gerichteten Bemühnisse zurück. Im allgemeinen bedete sich die Debatte inhaltlich mit der Bepredung der letzten Interpellation über den gleichen Gegenstand. Der Zentrumsabgeordnete Freiliger verlangte dann bei der Generaldebatte über das Reichsgelddienstamt die Anzeigepflicht für alle Betriebe mit Stillstellen und der Staatssekretär Graf Bodo-Ludowik wies auf die Nachteile hin, die für diese Gemerke vielfach durch die Aufnahme besonderer Bestimmungen in die Konzeptionsaufträge und die Aufführung der Arbeiter durch Verbotlicher des Reichsgelddienstamtes gegeben sind. Der Abg. Köstke (Hdt. Zp.) forderte eine reichsgesetzliche Regelung des Abdeckereliefs, die ein Regierungsvorrecht auch in Aussicht stellt. Hierauf vertrat sich das Haus, mit Rücksicht auf den parlamentarischen Wandel beim Reichstagspräsidenten um 6 Uhr. — Donnerstag wird der Etat weiterberaten.

Abgeordnetenhause. (Sitzung vom 17. April.) Das Abgeordnetenhause beendete am Mittwoch die Beratung des Kultusetats. Abg. Seydel (Hdt. Zp.) trat für die Erhaltung des Denkmals der Gräfin Reben im Rottensberg (Hdt. Zp.) ein, die der Kultusminister anlagte. Abg. Müllerberg (Hdt. Zp.) verlangte eine umfassendere Unterstützung der deutschen Kommission zur Erhaltung der deutschen Sprache, während Abg. Schiffer (Hdt. Zp.) die Vertiefung der wissenschaftlichen Fortbildungsbefürderungen wünschte. Beim Kapitel „Technisches Unterrichtsese“ wurde ein von allen Parteien unterstützter Antrag auf Errichtung etatsmäßiger außerordentlicher Professuren und Umwandlung in Dozentenstellen, für die ein dauerndes Bedürfnis vorhanden ist, in Erwerbsämtern an den Technischen Hochschulen angenommen. Zu längeren Debatten gab ein Antrag der liberalen Abgeordneten auf schnelleren Ausbau der Technischen Hochschulen in Breslau Anlaß, der trotz des Widerspruches der Regierung angenommen wurde. Beim Kapitel „Rechtzinalwesen“ gab auf Anregung des Abg. Münsterberg (Hdt. Zp.) der Kultusminister die Erklärung ab, daß ein Vertretungsrecht zur Regelung des Besahmenswesens festgestellt sei und voraussichtlich in der nächsten Session vorgelegt werden werde. — Am Donnerstag liegen der Senat und mehrere Entschl. auf der Tagesordnung.

Der Vertrag zwischen dem Fiskus von Deutsch-Südwesafrika und der Deutschen Kolonial Eisenbahn-Bau- und Betriebs-Gesellschaft zu Berlin über den Bau einer Eisenbahn von Aus (Kubub) nach Feldschuhhorn und über die allgemeinen Vorarbeiten für die Eisenbahn von Feldschuhhorn nach Keetmanshoop ist dem Reichstage jetzt zur Kenntnisnahme vorgelegt worden. Danach wird der für die Bahn nötige Grund und Boden der Firma rechtzeitig und kostenlos überwiesen. Die Firma hat die Bahnarbeiten der Strecke Aus Feldschuhhorn spätestens 6 Wochen nach dem Abschluß dieses Vertrages zu beginnen. Binnen weiterer 10 Monate soll dann die ganze Strecke für den öffentlichen Verkehr vorläufig benutzbar sein. Im Anschluß hieran hat die Firma den Ausbau der Bahn zu bewirken; für diesen Ausbau sind weitere 8 Monate im Vertrage vorgesehen. Die allgemeinen Vorarbeiten für die Feldschuhhorn-Keetmanshoopbahn sollen möglichst am 1. März 1907 dem Eisenbahnminister übergeben werden. Entsprechend dem Fortschritte des Vorbaues ist die Bahn Aus-Feldschuhhorn in kurzen Teilstrecken für Militärtransporte zu eröffnen. Die Firma hat zu erheben: für sämtliche Personen- und Gütertransporte mit Ausnahme der Militärtransporte die Sätze nach dem jeweiligen Tarif der Windeubahn. Militärtransporte bezahlen während des Vorbaues nichts, nach Beendigung des Vorbaues nur die Selbstkosten ohne Verwaltungskosten. An Vergütung für die vertragmäßigen Leistungen und Lieferungen erhält die Firma als Ersatz ihrer Verwaltungskosten 597 000 Mk., ferner den Ersatz der übrigen Selbstkosten und endlich als Gewinn 950 000 Mk. bis 1 250 000 Mk.

Sozialdemokratie und Zentrum haben am Mittwoch nachmals den neuen Versuch gemacht, den Silberbrief des Reichskanzlers zu einer amtlichen Wahlbeeinflussung erhen Ranges zu hemeln. Sie beantragen nämlich in der vierten Abteilung des Reichstages, die an diesem Tage eine Sitzung abhielt, die Wahl des Generals von Liebert, obwohl kein Protest gegen sie vorliegt, der Wahlprüfungskommission zur Prüfung ihrer Giltigkeit zu überweisen. Zur Begründung dieses Antrags wurde angeführt, daß der Brief des Reichskanzlers an den General v. Liebert als den Vorsitzenden des Reichsverbandes zur Befähigung der Sozialdemokratie gerichtet war. Die schwarz-roten Bundesgenossen hatten jedoch mit ihrem Antrag kein Glück; er wurde mit 23 gegen 15 Stimmen abgelehnt.

!! Der Massenausverkauf !!

des Pulvermacherschen Konkurses

nebst Ergänzungsware findet wie zuvor Burgstrasse 6 statt
In dieser Woche finden ganz außerordentlich preiswerte Angebote statt.

Zirka 3000 Stück garnierte und ungaranierte Hüte zu ~~billigen~~ billigen Preisen.
Hutformen zum ansuchen das Stück 25 Pf.

Ein **Posten Korsetts** a 1,25 Mk., regulärer Preis bis 5 Mk. Gürtel von 30 Pf. an. Damenkragen von 30 Pf. an, Herrenkragen 1/2 Duzend 0,60 Mk. Herrenkrawatten sehr preiswert. Glacehandschuhe, Mützen, Schals, Schleier, Spitzen ~~billig~~ **billig**.

Ein **Posten Straussfedern** u. Reiher, schwarz und weiß, spottbillig.

Trauerhüte, um zu räumen, ganz besonders preiswert.

Neu eingetroffen:

hochelegante und ganz aparte Matlo-Hüte von Mk. 1,50 an

in ganz enormer Auswahl. Ebenso englische Auswähl

breiter und schmaler Chinobänder von 30 Pf. per Meter an.

Ganz besonders mache auf die neueingetroffenen **Knabenhüte** aufmerksam.

Hüte werden billigst nach neuesten Modellen modernisiert.

Hüte werden billigst nach neuesten Modellen modernisiert.

Kaldbannen

empfeht Freitag früh
Rob. Reichhardt.

Freie turn. Vereinigung.

Die Turnkunden finden Dienstags und Freitags abends von 8-10 Uhr in der Turnhalle des Domgymnasiums statt. Die Damenabteilung turnt Dienstags von 6-8 Uhr, die Sechsdhürter für alle Herren Freitags von 6-8 Uhr.
Anmeldungen werden auch in der Turnhalle angenommen. Der Vorstand.

Turnverein „Rothstein“. G. B.

Sonntag den 21. d. M. von nachmittags 3 und abends 8 Uhr an

Gesellschafts-Tänzen im „Cajino“.
Die sonst eingeladenen sind freundlich willkommen. Der Vorstand.

M.-G.-B. „Flora“.

Sonntag den 21. April, von nachmittags 3 und abends 8 Uhr an im „Zwölf“

Kränzchen.
Die sonst eingeladenen Gäste sind herzlich willkommen. Der Vorstand.

Gesang-Verein „Lyra“.

Sonntag den 21. April
Ausflug mit Familie nach Köbichen (Köcke's Gasthof).
Abmarsch 2 Uhr von Kinderplatz.
Gäste willkommen. Der Vorstand.

Gesellschafts-Verein „Ambrosia“

hält Sonntag den 21. April, von nachmittags 3 und abends 8 Uhr an im Clublokal „Zähringer Hof“ sein

Tänzen
ab. Andere sonst eingeladenen Gäste sind willkommen. Der Vorstand.

Schlachte Sonnabend 2 Schweine

und verkaufe
Fleisch a Pfd. 70 Pf.,
Wurst a Pfd. 75 Pf.
Wetubera 7.

Bahnhof Niederbeuna.

Sonnabend den 20. April
Schlachtfest.
Sonntag von nachmittags 3 Uhr ab
Wurstausgabe.
Fr. Zitzsch.

Schultheiß-Restaurant.

Schultheiß-Markte.

Heute Freitag von 6 Uhr ab
Pötelknochen mit Saurekraut und Erbspüree

Kräftiger Schuljunge

zum Wegereben gesucht.
Brückner, Gallestraße 13.

Zeit heute befindet sich

mein Zahnatelier

Gotthardtsstraße 21, 1. Stg.

im Hause des Herrn Gummert.

Frau Emilie Albert.

Prima Roßfleisch!

Alles andere wie bekannt

Reinh. Möbius, Roßschlächterei mit Motorbetrieb,
Dierbreitstraße 22.

Das

Schuhwarenlager von Paul Exner,
Rossmarkt 12

bietet entschieden die grösste Auswahl, die neuesten Moden, die neuesten Farben, für jedes Alter und jeden Stand zu tatsächlich billigsten Preisen trotz enormer Preissteigerung. Anfertigung nach Mass und Reparaturen unter Garantie sorgfältigster Ausführung u. feinsten Materials.

Sport- und Luxus-Schuhwaren.

Phänomen-

Fahrräder, Motorräder und Phänomobile

sind auch dieses Jahr wiederum die zuverlässigsten Fahrzeuge, wie allgemein anerkannt. Unter weitgehender Garantie zu beziehen durch

Gustav Engel, Mechanikermstr.,

Sachverständiger für Kraftfahrzeug-Führer.

MIGNON-

KAKAO

p. Pfund
160, 180, 200 u. 240 Pfg.

Alleinige Fabrikanten:

David Söhne
A.-G.



SCHOKOLADE

p. Tafel
20, 30, 40, 50 u. 60 Pfg.

Halle a. S.

Verkaufsstellen durch Plakate kenntlich.

Kubold's Restauration.

Heute **Schlachtfest.**

Kräftige Arbeiter und Burschen

finden jederzeit lobnende Beschäftigung.

Königsmühle.

Ein **tüchtiger Schuhmacher**

aufser dem Hause wird gesucht. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

Nordhäuser Kornbrandwein-Brennerei sucht für Merseburg u. Umgeg. einen tüchtigen **Vertreter.**

Off. u. R W 100 postl. Nordhausen erb.

Wieviele tüchtige Montagearbeiter

werden am Sonntag der Gewerkschaft „Michel“, Kahna gesucht. Meldungen beim **Monteur Bismark.**

Junge Kellner, ledige Papfer, ledige Aufscher, ier. Hausdiener, Hausburschen, Kellerlehrlinge erhalten sehr gute Salons u. Jahresstellen und haben große Stellen-Auswahl bei **Willy Kühn, Stellenvermittler, Halle a. S., Al. Ulrichstraße 3. Telefon 2233.**

Einige Frauen zur Heil- und Scheunenarbeit für dauernd gesucht. **Louis Weniger, Eberbreitstr. 3.**

Älteres, tüchtiges **Mädchen,**

das das Kochen versteht, bei hohem Lohn zum 1. oder 15. Mal gesucht. **kleine Ritterstraße 12, I.**

Ein ehrliches Mädchen zum 1. oder 15. Mal gesucht. **Marie Classe, Schmalstr. 13. 7**

Aufwärterin für den ganzen Tag gesucht. Meldung nachmittags. Wo? legt die Exped. d. Bl.

Junges Mädchen als Aufwartung sofort oder zum 1. Mal gesucht **gr. Ritterstraße 8 I. 7**

Der Bazar

zum Besten des Vaterländischen Frauenvereins findet am **Samstag und Montag den 26. und 27. Mai** statt. Wir bitten herzlich, denselben die gleiche Teilnahme wie früher zuzuwenden zu wollen und ist sowohl durch reichliche Einzahlung von Gaben, wie durch rege Beteiligung beim Verkauf derselben herzlich zu unterstügen. Zum Empfang von Gaben sind die Vorstandsmitglieder bereit:

- Frauen von der Rede, Frau Marie Blande
- Frau Bartels, Frau von Behr,
- Frau Withern, Frau v. Bode, Frau Dr. Eylan
- Frau Grafin v. Gansowille, Frau Küster,
- Frl. von Katzen, Frau Nothke, Frl. Ederabe
- Frl. Trüffel, Frau von Wangelin,
- Frau von Wolff, Frau Werber.

Wierza eine Deuuge.

Deutschland und die Haager Konferenz.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ veröffentlicht, um weiteren irrtümlichen Angaben über eine von dem deutschen Staatssekretär des Auswärtigen an die Londoner „Tribune“ gesandte Antwortdepesche auf deren Anfrage bezüglich der Stellung Deutschlands zur Haager Konferenz vorzubeugen, den Inhalt der Anfrage und den Wortlaut der Depesche folgendermaßen:

Die englische Anfrage nahm Bezug auf eine Meldung des Pariser „Temp“, daß sich Deutschland weigern werde, die Haager Konferenz zu beschicken, wenn die britischen Vorschläge in der Nahrungfrage erörtert würden. Die „Tribune“ erbat die Erlaubnis, sagen zu dürfen, daß die Haltung der deutschen Regierung falsch dargestellt worden sei. Die Anfrage schloß mit dem Wunsch, daß sich die Beziehungen zwischen Deutschland und Großbritannien fortwährend verbessern möchten.

V. Schirfshy antwortete am 30. März telegraphisch: Schirfshy's Antwort lautet: „Mit Dank für Ihr Telegramm ermähnte ich Sie, zu sagen, daß die Äußerung im Pariser „Temp“, daß Deutschland sich weigern würde, die Haager Konferenz zu beschicken, wenn England vorschlägt, die Nahrungfrage zu erörtern, ohne Begründung ist. Ich hoffe, daß trotz aller Umstellungen der Haltung Deutschlands ein engeres Verhältnis zwischen Deutschland und Großbritannien Fortschritte machen wird.“

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ bemerkt dazu: Die Depesche hat also den Zweck gehabt, der auffälligen, in einem Pariser Blatt unter Berufung auf die Autorität des Herrn v. Martens erschienenen Meldung entgegenzutreten, wonach Deutschland seine Teilnahme an der Konferenz von einem Verzicht Englands auf die Diskussion der Nahrungfrage im Haag abhängig mache. Wie sich Deutschland zur Diskussion der Nahrungfrage auf der Konferenz zu verhalten gedenkt, darüber enthält die Depesche kein Wort. Der Schluss des Telegramms sei lediglich eine angemessene Erwiderung auf den in der Anfrage der „Tribune“ enthaltenen Ausdruck freundlicher Gesinnung gewesen.

Deutschland.

(Für die geringst besoldeten Klassen der Unterbeamten) sind im preussischen Staatshaushaltetat, wie schon wiederholt erwähnt, 3 Millionen Mark zu einmaligen Unterhaltungen ausgesetzt worden. Da der Reichstag bereits beschlossen hat, den Unterbeamten des Reiches eine bedeutend höhere einmalige Unterhaltung zu gewähren, so ist es ein Gebot der Billigkeit, den preussischen Beamten entsprechende Sätze zuteil werden zu lassen. Wie jetzt anscheinend offiziös gemeldet wird, stehen dem auch keine finanziellen Bedenken entgegen, da sich ergeben hat, daß infolge der Einkommensteuernovelle vom vorigen Jahr die Einkommensteuer viel höhere Erträge abwerfen wird, als in dem Etat für 1907 vorgesehen ist. Man sei daher in der Lage, den Etatanschlag für das Aufkommen der Einkommensteuer nicht unerheblich heraufzusetzen und demgemäß den Fonds für die einmaligen Unterhaltungen an die Unterbeamten von 3 Millionen auf das dreifache zu erhöhen. — Diese Annäherung ist la sehr erfreulich. Weniger erfreulich aber ist es, daß der Finanzminister sich bei der Classification der Einkommensteuer so sehr geirrt hat. Man wird sich noch erinnern, daß Febr. v. Rhein haben bei Einbringung der Einkommensteuernovelle im vorigen Jahre herausgerechnet, daß durch sie trotz der Einführung der Doppelbesteuerung für Gesellschaften mit beschränkter Haftung sich eine Mindernahme bei der Einkommensteuer ergeben werde. Infolgedessen hat er auch in dem Etatentwurf die Steigerung der Einnahmen bei der Einkommensteuer gegen das Vorjahr nur auf 11 Millionen bemessen und mit 209 Millionen eingesetzt. Jetzt aber stellt sich heraus, daß sich der Finanzminister gründlich, und zwar zu seinem Vorteil, verrechnet hat. Von freisinniger Seite war schon von Anfang an stark bezweifelt worden, daß die Einkommensteuernovelle überhaupt irgend einen Rückgang in den Einnahmen zeitigen werde. Die Ergebnisse der Einkommensteuerveranlagung haben diesen Zweifel Recht gegeben.

(Eine gemischte Gesellschaft) nannte der konservative Landtagsabgeordnete v. Pappenheim auf einem kürzlich in Warburg abgehaltenen Delegiertenkongreß des konservativen Vereins der Provinz Hessen-Nassau die Freikonservativen. Nach dem Berichte der „Kreuzzeitung“ wandte er sich gegen eine Organisationsgemeinschaft mit den Freikonservativen, während er es wohl für möglich erklärte, daß ein konservativer Vertrauensmann auch deutsch sozial sein

könnte oder für den Bund der Landwirte arbeite. Mit den Freikonservativen sei nach den letzten Verhandlungen im Abgeordnetenhaus ein Zusammenschluß undenkbar; diese seien überhaupt eine etwas gemischte Gesellschaft, die sich eigentlich mit Unrecht noch als konservativ bezeichne. Nur nicht fleischen, Kompromisse schließen und sich gegenseitig politische Zugeständnisse machen! Besser sei es, sich außerhalb der Organisation zusammenzufinden und eheliche Verträge zu schließen, mit denen man in einzelnen Fällen Erfolge erlangen könne, wie bei den letzten Wahlen mit der freisinnigen Volkspartei gegen die Sozialdemokraten.

(Einen Aufruf zur Maiseier) erläßt der sozialdemokratische Parteivorstand im „Vorwärts“. Trotz aller hochtrabenden Redensarten hört man aus der Kundgebung deutlich einen gedrückten und resignierten Ton herausklingen. Der Aufruf schließt zwar mit den Worten: „Die Maiseier ist Gemeingut des Proletariats geworden — und bleibt es den andern zum Trotz“, vorher aber wird den Parteigenossen dringend empfohlen, überall dort, wo die Gemeinheit besteht, daß die Arbeiterruhe am Montag zu einer Ausperrung führt, unter den obwaltenden Umständen von einer Arbeiterruhe abzusehen. Ausdrücklich wird auch hinzugefügt, der Satz in der Resolution des Mannheimer Parteitages, daß die allgemeine Arbeiterruhe dort eintreten soll, „wo die Möglichkeit der Arbeiterruhe vorhanden ist“, zeige, „daß der Parteitag der Meinung war, daß die Arbeiterruhe keine unter allen Umständen durchzuführende Forderung ist.“ — Dann ist es also mit dem „Gemeingut“ der Maiseier nicht weit her. Der Parteivorstand tut übrigens gut daran, gleich von vornherein den Arbeitern freizustellen, ob sie am 1. Mai die Arbeit ruhen lassen wollen oder nicht, denn nach den Erfahrungen, die mit der Maiseier des vorigen Jahres an vielen Orten gemacht worden sind, würde die sozialdemokratische Arbeiterpartei diesmal noch weniger als sonst geneigt sein, aus dem 1. Mai einen allgemeinen Feiertag zu machen.

Volkswirtschaftliches.

Der Anleihebedarf des Reiches und Preußens wird diesmal nicht durch Ausgaben von Konfols, sondern durch Ausgabe von langfristigen Schaganweisungen gedeckt werden. Das „Wolffsche Bureau“ meldet am Mittwoch: Die unter Teilnahme des preussischen Finanzministers und des Staatssekretärs des Reichsschatzamts in der Reichsbank gepflogenen Verhandlungen wegen Begebung heimischer Anleihen haben zu einem allseitigen Einvernehmen geführt. Hiernach wird der Bedarf des Reiches und Preußens durch Ausgabe von 400 Millionen Mark Schaganweisungen (zur Hälfte Reich, zur Hälfte Preußen) gedeckt, die mit 4 Prozent fest verzinslich und im Jahre 1912 rückzahlbar sind. Ueber den Betrag von 100 Millionen Mark ist bereits fest verfügt, die Auflegung der übrigen 300 Millionen Mark zur öffentlichen Zeichnung zum Kurse von 99 Prozent wird in den nächsten Tagen erfolgen. Wie die „Kreuzzeitung“ hervorhebt, erwies sich die Aufnahme einer Anleihe mit 3 1/2-prozentigem Zinssfuß wegen der starken Inanspruchnahme des Kapitalmarkts durch die Industrie nicht als durchführbar, zumal auch von der vorjährigen 3 1/2-prozentigen Anleihe ein Teil noch nicht an den Markt gebracht werden konnte. Man griff zu dem Ausweg von Schaganweisungen, um nicht dauernd über den 3 1/2-prozentigen Zinssfuß hinauszugehen zu müssen. Die einzelnen Stücke sollen bis zu 500 Mark herab bemessen werden. Man wollte auch durch den Typus der Schaganweisungen einen Druck auf die Kurse der älteren Anleihen tunlichst vermeiden. Dem Anschein nach soll ein Teilbeitrag der bevorstehenden Emissionen auch im Auslande untergebracht werden.

Provinz und Umgegend.

Halle, 17. April. An dem Geschäftsgange des Obergerichtspräsidenten übte in der Stadtvorordnetenversammlung am Montag der Erste Bürgermeister Dr. Rive, ein Schwiegersohn des Berliner Oberbürgermeisters Kirchner, eine scharfe Kritik. Es wurde klargestellt, daß in Halle verschiedene Beamte, namentlich der Polizei, die sich irgend welche persönlichen Bereicherungen haben zuschulden kommen lassen, seit Jahren des Dienstes entbunden, spazieren gehen und ruhig ihr Gehalt, wenn auch nur zur Hälfte, fortbezogen. Der Erste Bürgermeister Dr. Rive erklärte hierauf, auch

er und der Magistrat ärgerten sich seit langen Monaten über diese Erscheinung, aber leider sei die Stadtvorverwaltung machtlos. Zum Beweise führte er einen Fall an, wo im Laufe des Jahres 1905 ein Beamter von seinem Amte suspendiert wurde, nachdem gegen ihn das Disziplinarverfahren eingeleitet war. Der Bezirksausschuß erkannte feinerzeit auf Dienstentlassung, aber der Beamte gab sich damit nicht zufrieden, sondern nahm Refus an das Obergericht. Dort liege die Sache heute noch; seit März 1906 habe man nichts wieder darüber gehört. Der Magistrat von Halle wandte sich um Auskunft an den Bezirksausschuß. Der aber konnte nur antworten, daß vom Obergerichtspräsidenten noch kein Entscheid eingegangen sei. Eine Nachfrage beim Obergerichtspräsidenten brachte den Bescheid, daß der Geschäftsgang eine Beschleunigung der Sache nicht zulasse. Der Erste Bürgermeister äußerte daran die Bemerkung, daß da wirklich ein großer Schaden in unserer Verwaltung vorliegen müßte. Der höchste Gerichtshof reiche in seinen Kräften vielleicht der Zahl nach nicht aus, sonst wären solche Verzögerungen nicht möglich. Er habe bereits beschloffen, sich mit einer Beschwerde an den Justizminister zu wenden. Die Stadtvorordnetenversammlung nahm mit Bedauern davon Kenntnis, daß durch die Verzögerungen der Stadtgemeinde eine finanzielle Last aufgebürdet und den Bürgern ein Vergeßen gegeben werde.

Halle, 18. April. „Säuterverwertung“ (Eingetr. Gen. m. b. H. Halle). In der Generalversammlung am 15. d. im Restaurant des Südfischs Schlachthofes wurden Bilanz und Gewinn- und Verlustkonto genehmigt und der Verwaltung Entlastung erteilt. Die Umsatzzahl betrug mit 4 973 715,80 Mk. ab. Der Reingewinn betrug trotz des hohen Umsatzes nach Abschreibung von 1793,61 Mk. 2798,49 Mk. Die Gesellschaft rechnet ihren Mitgliedern nur Spesen für die Verwaltung an, und es darf laut Statut ein nennenswerter Uberschuß nicht erzielt werden. Im Geschäftsjahre 1906 hat sie noch Filialen in Saalfeld, Königfeld, Wittenberg, Ufersleben, Wernigerode und Ullrichsrode errichtet und einen Mehrumsatz im Verhältnis zum vorigen Geschäftsjahre von 416 763,33 Mk. erzielt. Die Darlehenabteilung hat einen Umsatz von 26 398,66 Mk. und die Einkaufsabteilung 30 582,59 Mk. Umsatz zu verzeichnen. Die ausführenden Aufsichtsratsmitglieder Heßler und Klose wurden einstimmig wiedergewählt.

Halle, 17. April. Durch giftige Gase wurde der in der Leuterschen Maschinenfabrik beschäftigte Schlosser Schüttenberg aus Nittelben getötet. Der Mann war von seiner Firma nach Sandersdorf auf Montage geschickt. Bei der Reparatur einer Maschine strömten giftige Gase aus, die ihn töteten.

Halle, 18. April. Der Sängerbund an der Saale, dem 12 Vereine in 5 Städten angehören, beschloß, am 18. August einen Sängertag in Bernburg zu veranstalten. Das Bundesfest soll im nächsten Jahre in Dessau stattfinden. Es soll zwei Tage umfassen.

Wittenberg, 18. April. Das Stadtvorordnetenkollegium soll von 36 auf 42 Mitglieder erweitert werden, nachdem unsere Stadt ihre Einwohnerzahl von 30 000 überschritten hat.

Leuchtern, 18. April. Ein geheimnisvoller Leuchterfund wurde in der Nähe von Deuben gemacht; man fand im Felde verscharrt zwei männliche Leichen. Es geht das Gerücht, daß es sich dabei um zwei ausländische Arbeiter handelt, die einem Verbrechen zum Opfer gefallen seien.

Liebenwerda, 17. April. Heute vormittag kurz nach 5 Uhr stieß der Bedarfslöschzug 7091 mit den letzten Wagen des Güterzuges 8553 am westlichen Ende des Bahnhofes Liebenwerda der Strecke Kobitztal Falkenberg zusammen. Personen wurden nicht verletzt. Mehrere Wagen der Züge 7091 und 8553 wurden stark beschädigt. Die kleine Güterbrücke bei km 135 erlitt solchen Schaden, daß sie unbenutzbar wurde. Infolgedessen müssen die Schnell- und Durchgangszüge umgeleitet werden. Der sonstige Personenverkehr wird durch Umleiten an der Unfallstelle aufrecht erhalten. Die Störung dauert voraussichtlich 24 bis 36 Stunden. Zug 7091 hatte das auf Holt stehende Ausfahrtsignal überfahren.

Leuburg, 18. April. Ein größerer Waldbrand vernichtete in dem Gradower Eisfischort über 50 Morgen Bestände.

Cöthen, 18. April. Von einem wütenden Pferde lebensgefährlich verletzt wurde der Direktor des gegenwärtig hier gastierenden Zirkus Klapprott. Der Hengst hatte sich losgerissen und bei

Correspondent.

Abonnementspreis: Halbjährlich: Bei Vorzahlung von den Ausgabezeiten 1 Mk. monatlich 18 Pf., durch die Zeitträger und die Post bezogen 1,20 Mk., nach dem Vertriebe 1,50 Mk. Einzelnummer 5 Pf.
Einzelverkauf: 6 mal wöchentlich halb 8 Uhr, mit Wagnahme der Lage 12 Uhr. Sonntags in den Ausgabezeiten am Tage vorher abends 8 Uhr.

Wöchentliche Gratisbeilagen:
• seittiges illustriertes Sonntagsblatt mit 14 tägiger Modebeilage.
• seittige landwirtschaftliche u. Handelsbeilage mit neuesten Marktnotierungen.

Anzeigenpreis: für die einsp. Zeitspaltel oder deren Raum f. Stadt u. Kreis Merseburg 10 Pf., außerhalb 15 Pf. Kleinste Anzeigen 20 Pf. Bei Wiederholungen Rabatt. Einzigen werden von unserer Geschäftsstelle sowie sämtlichen Anzeigenstellen entgegengenommen.
— Nachdruck anderer Originalberichte nur mit Quellenangabe gestattet. —
— Für unerlangte Einlieferungen wird keine Gewähr übernommen. —

№ 91.

Freitag den 19. April 1907.

33. Jahrg.

Dernburg und Naumann.

Es ist zu einem höchst seltenen Fall geworden, daß eine in unseren parlamentarischen Körperschaften gehaltene Rede besonderes Aufsehen erregt und mehr als einen vorübergehenden Eindruck macht. Selbst die hervorragenden unter den alten Parlamentariern, Ministern und Staatssekretären sind hierzu schon zu verbraucht. Man kennt ihre Anschauungen seit langem gründlich und weiß im großen und ganzen im voraus, was sie sagen wollen, wenn sie sich zum Worte melden. Erhöhte Aufmerksamkeit finden und nachhaltiger Wirkung erzielen nämlich nur noch Neulinge, und natürlich auch nur dann, wenn sie etwas von Hergebrachten Abweichendes in fesselnder Weise zu sagen wissen, die einen überzeugend und beruhend, die anderen zum Überflur herausfordernd. Ein verärgertes phänomenales Vorwommis bildete das rednerische Auftreten des „unabhängigen Vorkommens“ Dernburg, welcher einen großen Teil der deutschen Nation und ihrer parlamentarischen Vertreter eine ganz neue Auffassung der Kolonialpolitik einzupflanzen verstand und den Anstoß gab zu einer vorher beinahe für unmöglich gehaltenen Wandlung in der Zusammensetzung des Reichstags. Dieses Neulings Eingriff in die innerpolitischen Kämpfe hat noch mancherlei andere, nicht vorauszufehenden Folgen gezeigt, so die Wahl eines Mannes in den Reichstag, der seit langem vergeblich ein Mandat zu erlangen suchte, ebenfalls ein Neuling Dernburgscher Qualität, wenn auch ganz verschiedener Oberzahl ist und durch seine Jungferner Rede einen gewaltigen Eindruck auf Freund und Feind ausübte. Der Sozialpolitiker Naumann, welcher der ziemlich seltenen Menschenpech der Doktrinen der Theologie angehört und deshalb die Signatur „D.“ vor seinem Namen trägt, ist hiermit gemeint. Die politische Bedeutung dieses Mannes hängt selbstverständlich nicht mit dieser Würde zusammen, wenn es auch nicht zu verkennen ist, daß seine, übrigens nicht weniger als orthodoxe christliche Offenbarung mit dazu beigetragen hat, ihn mit dem heiligen Geiste zu erfüllen, der ihn zu einem der mutigsten Vorkämpfer für die Interessen der unteren Volksschichten hat werden lassen.

Naumann hat in seiner, von vielen für epoche machend gehaltenen Erklärungsrede im Reichstag einen ganz neuen Standpunkt vertreten, der allerdings in etlichen anderen Köpfen schon ausgetaucht war, als Naumann „noch im Hülgeleibe in die Krankenpflege ging“, der aber in einer deutschen Volksversammlung bisher noch nicht sich geltend zu machen suchte.

colorchecker CLASSIC



Partei nationalen...
...den freien Ziele Wahrung ist. Nur...
...geben im solchen...
...die um eine...
...werden...
...Fragen...
...nützen zu...
...s freiheits...
...deutschen...
...Geiste ge...
...regene und...
...nicht ver...
...druck zu...
...durchaus...
...ernburg...
...griffe und...
...zialdemo...
...Konfer...
...mit diesen

Parteien mehr oder weniger gemeinsame Sache machende Regierung. Während Schwarz und Rot die unversöhnlichen Gegner Dernburgs sind, erbielt Naumann vom Zentrum nahezu begeisterte Beifalls-spenden und wurden seine Ausführungen von Seiten der Sozialdemokraten mit zunehmenden Kopfbewegungen begleitet, während es auf der Rechten, wo man den „Börsenjopfer Dernburg“ als notwendiges Übel gnädig gelassener ließ, an „Dobos“ und an Koffschütteln nicht fehlte.

D. Naumann hat seinen heutigen politischen und sozialpolitischen Standpunkt nicht auf einmal erflommen, sondern er ist nur langsam und auf Umwegen zu ihm gelangt. Ursprünglich war er politisch konservativ und christlichsozial, denn er gehörte zu den jungen Leuten, die in dem Hofprediger a. D. Söder einen neuen Messias zu erkennen glaubten und in diesem Manne ihren Herrn und Meister und in seinem Programm das Mittel erblickten, mit welchem die Welt am gründlichsten zu reformieren wäre. Da dieser Erfolg jedoch allzulange ausblieb, sonderte sich Naumann mit einigen seiner speziellen Freunde ab, um eine politisch weiter links stehende und dem Sozialismus näher rückende nationalsoziale Partei mit eigener Zeitschrift und Bibliothek zu gründen. Diese neue Richtung brachte es nur zu einer Anhängerschaft von circa 30 000 Köpfen und es gelang ihr, trotz aller Anstrengungen, nur einen der ihren (v. Gerlach) ein Reichstagsmandat zu verschaffen. Naumann selbst fiel stets durch sein theoretisch-richtiges Kalkül, daß die nationalsozialen Kandidaten, wegen der Berührungspunkte ihres Programms mit den Forderungen aller anderen Parteien, bei Stichwahlen von allen als das kleinere Übel angesehen werden und infolgedessen in etlichen Grenzparlaments in den Reichstag gelangen müßten, — erwies sich in der Praxis als falsch. Nunmehr entschloß sich Naumann zu einer neuen, überraschenden Aktion: er suchte mit den Seinen einen Unterflur in einer anderen Partei und fand ihn in der freisinnigen Vereinigung, die, trotz der hohen Qualitäten ihrer Befürworter, selbst nicht sehr stark und dankbar für jede kleine Gabe dieser Art ist. Hier vollzog sich im Gedanken-austausch mit Dr. Barth die politische Radikalisierung des einen und die soziale des anderen dieser beiden bedeutenden Politiker.

Aus Russland.

Eine neue Parteigruppierung ist auch auf der Linken erfolgt. Die sogenannte Arbeitergruppe (Trudowiki) hat sich vollständig gespalten. Ungefähr zwanzig Mitglieder gehen zu den Sozialdemokraten über, ebensowenig zu den Revolutionären, zwölf wollen sich den Kadetten anschließen. Der Rest beabsichtigt, unter Hinzuziehung mehrerer Parteilofer einen neuen radikalen Bund zu gründen.

Die Insel Sachalin ist befremdlich im Frieden von Portsmouth zwischen Russland und Japan geteilt worden. Während aber die Japaner folgerichtig rüchtig waren, den ihnen zufallenden Teil zu erschließen, blieben die Russen dem alten Schienbriantreu. Erst jetzt soll es anders werden. Eine aus Vertretern der verschiedenen Verwaltungszweige zusammengesetzte Kommission ist vom Handelsminister ins Leben gerufen worden, um Maßnahmen zur Erschließung des russischen Teiles der Insel Sachalin auszuarbeiten. Die Kommission wird sich mit Plänen einer Kolonisation, des Baues von Wegen und Häfen und der Hebung der Bergwerksindustrie sowie des Handels im allgemeinen zu beschäftigen haben.

Zum Heereschefmann der Donkosaken ist an Stelle des abberufenen Fürsten Dobjewski-Maslow der bisherige Stabschef des Militärbezirks Warschau, Generalleutnant Samsonow, ernannt worden.

Die Unruben in Lohz dauern fort. Am Dienstag kam es zwischen Arbeitern zu einer Schlägerei, bei welcher zwei Personen getötet und sechs verwundet wurden. Bei der Beerdigung einer

vor kurzem geideten Frau sang die dem Serge folgende Menge revolutionäre Lieder und entfaltete rote Fahnen. Hierbei kam es zu etwa 50 Verhaftungen.

In der Grenzstadt Sosnowice sind am Dienstag abend gegen eine Kofalenpatrouille, die unter Führung des Polizeimeisters stand, mehrere Revolver-schüsse abgegeben worden. Der Polizeimeister ist getötet, zwei Kofalen sind schwer verletzt und das Kautowitzer Krankenhaus gebracht worden.

Das Kriegegericht in Lissk verurteilte am Mittwoch in der Prozeßverhandlung wegen der Ermordung des Konsuls der Vereinigten Staaten von Nordamerika in Datum, Stuart, den Mörder Kofim Dschibshawabse zum Tode durch den Strang; das Urteil wurde indes mit Rücksicht auf das offene Verbleiben des Mörders, sowie auf dessen Ninderjährigkeit in zehnjährige Gefängnishaft umgewandelt. Die beiden anderen Angeklagten wurden freigesprochen.

Politische Uebersicht.

Der politische Horizont, von dem eben noch die Sonne von Romallo herabgeleuchtet, hat sich unheimlich schnell verdüstert. Es ist eine bittere Ironie der Weltgeschichte, daß die Einladungen an die Vertreter der englischen Presse zu einem Gegenbesuch in Deutschland, der die durch die Reise der deutschen Journalisten nach England angebahnte Besserung der politischen Beziehungen zwischen beiden Ländern, wie man hoffte, verkraftet soll, just in demselben Augenblicke ergehen, wo der Sowjet und die Regierung dieses Landes sich anschiden, Deutschland um jeden Preis in der internationalen Politik zu isolieren. Der Dreißund, dessen politische Bedeutung ja allerdings schon seit geraumer Zeit nur mehr in der Vergangenheit liegt, wird jedenfalls durch die Entree von Gatin einer nicht ungefährliehen Belastungsprobe unterzogen. Denn daß die aus der Initiative Englands hervorgegangene Zusammenkunft König Eduards und Viktor Emanuel nur einem rein persönlichen Höflichkeitstausch dienen soll, für diese Behauptung dürfte die englische Presse in Deutschland schwerlich Gläubige finden. Man hat in der deutschen Presse vielfach ein Bedauern darüber nicht unterdrücken können, daß die deutsche Regierung alle diese bald von Frankreich, wo ein General ganz ungeniert und, ohne eine ernsthafte Klage dafür zu erhalten, in der Deputiertenkammer eine höchst veranschauligte Rede halten darf, bald von unseren „englischen Beten“ ausgehenden Provokationen nicht mit der erforderlichen Entschiedenheit beantwortet hat. Vielleicht hat die Reichsregierung aber absichtlich mit einer solchen Kundgebung gezögert, weil sie erst abwarten und klar sehen wollte, bis zu welchem Grade sich die Situation ausjagen wird. Wie die Dinge sich jetzt entwickelt haben, erscheint allerdings eine weitere Hinauszögerung unserer Antwort auf diese Provokationen kaum noch angängig und eine entschiedene Stellungnahme der Reichsregierung von der Bundesratsströmung im Reichstage zu dem augenblicklichen Stande unserer internationalen Beziehungen unbedingt erforderlich; ein weiteres Schwelgen der deutschen Regierung würde von unseren Rivalen im Auslande nur eine falsche Deutung erfahren. Wie verlautet, soll denn auch der Präsident des Reichstags schon vor einigen Tagen dahin verständigt worden sein, daß die Beratung des Etats des Reichsfanzlers, bei welcher Gelegenheit der Reichsfanzler über die internationale Situation interpelliert werden soll, als bald zur Verhandlung kommt.

Oesterreich-Ungarn. Ueber den Aufenthalt Kaiser Franz Josefs in Prag wird am Dienstag noch berichtet: Der Kaiser verließ nachmittags den Hradtschin und fuhr unter stürmischen Ovationen des zahlreichen Publikums zum neuen Handelskammer Gebäude, wo er vom Handelsminister und dem Präsidenten der Handelskammer begrüßt und in den Sitzungssaal geleitet wurde; hier waren die Beamten der Handelskammer versammelt, welche den